

Adalbert Feltz

Gedanken zu einer radikal neuen Programmatik für linke Politik



Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V.

TEXTE & ARGUMENTE

Die Welt im Würgegriff der Kosmokraten eines neuen Feudalsystems

Das Buch von Jean Ziegler „Das Imperium der Schande“ (2005) und der darauf aufbauende Dokumentarfilm „We feed the world“ von Erwin Wagenhofer führen uns den brutalen Würgegriff der Kosmokraten eines neuen Feudalsystems vor Augen, dem die Völker der Welt ausgesetzt sind. Auf Grund der inneren Widersprüchlichkeit der auf Profitgier gegründeten gesellschaftlichen Entwicklung unserer Tage erkennen wir auf unserem Planeten eine rasante Zunahme der relativen sowie vor allem auch der absoluten Verelendung großer Menschenmassen. Eskalierende Profitgier läßt die soziale Ungleichheit im globalen Rahmen gigantische Ausmaße annehmen: Überfluß, Konsumtempel, Vernichtung von Nahrungsmitteln und Spaßgesellschaft auf der einen Seite – auf der anderen grenzenloses Elend, Hunger und Unterernährung gerade auch in den Ländern, die Nahrungsmittel profitgesteuert in reiche Länder exportieren. Mord durch Verhungern im Ausmaß von Atombombenabwürfen in einer Welt, die bereits jetzt ausreichend Nahrungsmittel für 12 Milliarden Menschen produziert. Wie lange wollen wir fortfahren, die vor unseren Augen stattfindende Verelendung großer Menschenmassen zu ignorieren, ohne den Kosmokraten, die das zu verantworten haben, in den Arm zu fallen?

Diese verelendeten Massen vegetieren vielfach in Agonie dahin, oder sie schlagen ziellos um sich, sind auch nur allzu leicht zu instrumentalisieren, Terrorakte auszuführen. Ihre Protesthaltung ist weitgehend unbestimmt. Sie sind gegen all und jedes und im allgemeinen nicht in der Lage, konkret anzugeben, wofür sie sind. Die Leere in den Köpfen dieser opponierenden Massen ist somit nur die Widerspiegelung des allgemeinen Mangels an Entwürfen für alternative Ansätze einer Gesellschaftsentwicklung, die ungeachtet aller Vernebelung durch die Medien so viel Überzeugungskraft aufbietet, daß sich ein durch gestalterische Inhalte geprägtes Bewußtsein neu formieren kann.

Daß angesichts dieser Entwicklung das irrationale Denken Auftrieb erhält, Religionsbekenntnisse bis hin zur Esoterik immer mehr Zuspruch erfahren – die Verblödung durch mangelhafte Schulbildung (eklektischen Unterricht und mögliche Abwahl von Geschichte gerade in den höheren Klassen) trägt dazu ungewollt und vermutlich sogar gewollt bei –, Kunst und Kultur nicht nur eingeschränkt werden, sondern zugleich in eine kaum noch zu überbietende Dekadenz abgleiten (z.B. Nitsch in Österreich, der für seine öffentlichen als Kunst deklarierten Tierschlächtereien den Staatspreis erhält) und die wissenschaftliche Methode zur Gewinnung rationaler Erkenntnisse als eine von verschiedenen Möglichkeiten eingestuft und damit zur Beliebigkeit degradiert wird, ist nur die Kehrseite ein und derselben Medaille.

Bei Fortbestand des Wirkens dieser Mechanismen ist eine ausweglose Situation absehbar, die einen radikalen Bruch mit dem bestehenden System auf die Tagesordnung setzt. Ziegler erhebt in seinem Buch leidenschaftlich Anklage, wenn er feststellt: „Die Herren des wirtschaftlichen Krieges schröpfen systematisch den Planeten. Sie greifen die Staaten und ihre normative Macht an, sie bestreiten die Souveränität des Volkes, sie untergraben die Demokratie, sie verheeren die Natur und vernichten

die Menschen und ihre Freiheiten. Sie bestreiten radikal das Menschenrecht auf das Streben nach Glück“, und er macht auf die ungehemmte Eskalation dieses Krieges aufmerksam, wie sie vor allem nach der Jahrtausendwende in den letzten fünf Jahren zu verzeichnen ist.

Ideale der Französischen Revolution und der Ruf nach einer neuen Aufklärung

Ziegler knüpft in seinem Buch an die Forderungen der französischen Revolution an, die die Eigentumsfrage durchaus bereits auf die Tagesordnung setzte und die Eigentumsverhältnisse als Grund allen Übels erkannte. Marx präzisierte zur Infragestellung des Privateigentums an Produktionsmitteln und begründete so den Ansatz für ein alternatives Gesellschaftskonzept, dessen Realisierung in einem staatlich organisierten Sozialismus im vergangenen Jahrhundert versucht wurde. Dabei wurden so elementare Menschenrechte wie das Recht auf soziale Integration – Recht auf Arbeit, Recht auf gesundheitliche Betreuung, Recht auf Bildung – unabhängig vom sozialen Status Lebenswirklichkeit und niemand suchte auf Müllhalden nach Nahrung oder erlag im kalten Winter als Obdachloser dem Erfriertod. Der Begriff Straßenkinder war diesem System fremd.

Eingeschränkt waren die individuelle Entfaltung der Persönlichkeit, die persönliche Freiheit der Meinungsäußerung, hinreichend Toleranz, Freiheit als Freiheit des Andersdenkenden zu begreifen und die Rückkopplung zur Basis durch föderalistische Strukturen, um die Herausbildung einer allmächtigen, vom Volk schließlich isolierten Politbürokratie zu vermeiden. Wesentliche Errungenschaften der französischen Revolution wurden dadurch negiert oder vernachlässigt. Diese Mängel und ein aufgezwungener, dann auch selbst akzeptierter Wettbewerb um vordergründige Konsumbedürfnisse bei gleichzeitiger Nichtbestimmung und sogar Preisgabe eigener sozialistischer Werte führte letztendlich zum Zusammenbruch dieser grandiosen Hoffnung der Völker, aus dem verfluchten System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auszubrechen.

So sind wir nunmehr gezwungen, in diesem katastrophalen Zustand der Gesellschaft wider besseres Wissen, sozusagen „in Freiheit“, und zugleich tiefer Ohnmacht zu existieren. Bertolt Brecht hat diese Tragik des menschlichen Daseins, die insbesondere auch den Intellektuellen betrifft, in seinem Galileo Galilei treffend reflektiert, zugleich aber das Einlenken und die Bereitschaft zur Preisgabe und Unterordnung einer erkannten Wahrheit unter eine Macht der Unwahrheit und Lüge auch als großes Versagen des Wissenden gegeißelt, das, weil es gerade in der Phase der Emanzipation der Wissenschaft stattfand, verheerende Folgen nach sich ziehen sollte; nämlich die Wissenschaft in ihrem Selbstverständnis als Selbstzweck zu akzeptieren und nicht primär als verpflichtenden Auftrag zu begreifen, der die gesellschaftliche Verantwortung einschließt, stets zum Wohle der Menschen zu handeln.

Da genügt es nicht, sich auf das Benennen gesellschaftlicher Mängel und katastrophaler Zustände zu beschränken. Ziegler will mit seinem Buch einen Beitrag zur

Bewaffnung der Völker leisten, damit sie die „kannibalische Weltordnung“ beseitigen, wenn er am Ende feststellt: „Ich bin kein Gewerkschafter und auch kein Anführer einer Befreiungsbewegung, sondern ein Intellektueller von höchst begrenztem Einfluß. Mein Buch stellt eine Diagnose. Die Zerstörung der kannibalischen Weltordnung ist die Sache der Völker. Der Krieg für planetarische soziale Gerechtigkeit muß erst noch geführt werden.“

Haben die Völker aber nicht auch das Recht zu erwarten, daß ihnen die Diagnostiker Empfehlungen, Hinweise, Vorschläge, alternative Konzepte und Ideen mit auf den Weg geben für das, was nach diesem Krieg kommen, mit welchen Zielen er geführt werden soll und was unbedingt abgeschafft gehört, auch worin die gestalterischen Momente einer neuen alternativen Gesellschaft bestehen sollten, die das unermeßliche Elend beseitigen könnten, um schließlich ein menschenwürdiges Dasein für alle zu ermöglichen?

Ist angesichts eines solchen Anspruchs das im Buch „Imperium der Schande“ mehrfach hervorgehobene Recht auf Streben nach Glück nicht eine zu vage Beschreibung von Zielen?

Die Intellektuellen der Aufklärung im Jahrhundert vor der französischen Revolution haben sich gerade dadurch ausgezeichnet, daß sie sich nicht auf die Analyse gesellschaftlicher Mißstände beschränkten. Sie blieben auch nicht bei der Begründung von Korrekturen am bestehenden System stehen, wie es etwa der aufgeklärte Absolutismus anstrebte. Sie lieferten darüber weit hinausgehende Entwürfe für eine alternative, von den Makeln des Feudalismus und seiner Willkür freien Gesellschaft. Das belegen nicht zuletzt die hervorragend ausgewählten Zitate im Buch von Ziegler.

Wenn also gegenwärtig die Forderung nach einer zweiten Aufklärung erhoben wird, um dem feudalen Machtgebaren der internationalen Finanzoligarchie entgegenzutreten, dann müssen sich die intellektuellen Vordenker von heute an ihren durch hohe gestalterische Kreativität ausgezeichneten Vorgängern des 18. und 19. Jahrhunderts selber messen. Sie lieferten Entwürfe, die sich als Anleitung zum Handeln für eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft erwiesen.

Gedanken zu einer radikal neuen Programmatik für die Wahrung von Demokratie und Menschenrechten

Ansätze in dieser Richtung sind in unserer Zeit allenfalls bei der politischen Linken, anzutreffen, werden von dieser aber wohl viel zu wenig akzentuiert vertreten. Das achtbare Bemühen zur Dämpfung und Milderung der schlimmsten Auswirkungen der Herrschaft der Kosmokraten durch politische Einflußnahme auf kommunaler Ebene sowie bis hin zur Beteiligung an Regierungen erweist sich als nicht ausreichend. Letzteres blockiert aus Gründen einzugehender Loyalität geradezu die Herausbildung einer profilierten Programmatik, die entscheidende Stellgrößen für eine Änderung der bisherigen gesellschaftlichen Entwicklung benennt. Linke Politik, die sich auf Frieden mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen einläßt, löst sich selbst auf.

Gemessen an der Herausforderung, wie sie uns das Buch von Ziegler plastisch vor Augen führt, erweisen sich die politischen Linkskräfte im unmittelbaren Umfeld der Machtzentralen der Kosmokraten als konzeptionell schwach. Sie lassen die kämpferische Auseinandersetzung um Ideen zur Schaffung eines theoretisch-methodischen Vorlaufs für eine Beseitigung der größten, unsere Existenz bedrohenden gesellschaftlichen Übel dieser Welt vermissen, sind ohne geißelnde Anklage, weil vielfach bereits etabliert und auf Anbiederung bedacht (siehe z.B. kürzlich das Abstimmungsverhalten bestimmter linker Abgeordneter zur Menschenrechtsresolution gegen Kuba im Europaparlament).

Ziegler setzt denn auch in seinem Buch weit mehr auf die nationalen Bewegungen in der dritten Welt, die sich dem Würgegriff der Schuldknechtschaft und der daraus resultierenden Unterentwicklung, der Geißel des Hungers und dem Elend der Kinder zu entziehen trachten.

Es besteht die Erwartung, daß aus der Kultur linken Denkens programmatische Vorschläge für eine alternative Gesellschaft hervorgehen, die sich vom „Mainstream“ der Gegenwart qualitativ signifikant unterscheiden. Ansätze dazu sind im Parteiprogramm der PDS erkennbar. Als notwendige und miteinander eng verzahnte Strategien zur Beseitigung der „kannibalischen Weltordnung“ (Ziegler), deren Untersetzung strukturiert auszuarbeiten wäre, können erkannt werden:

1. Weltweite Aufhebung des neoliberalen Wirtschaftskonzepts, das in seiner gegenwärtigen exzessiven Form das Primat einer ungehemmten Entfaltung der Kräfte des Marktes gegenüber der Politik anstrebt bzw. bereits weitgehend verwirklicht. Der ungebremste Konkurrenzkampf als Ursache für eine sich ins Grenzenlose steigernde Profitgier – im Buch trefflich geschildert – überläßt sozialen Belangen kaum einen Rang, führt zur Zerstörung vorhandener sozialer Strukturen, zu extremer Ungleichheit bei gleichzeitiger Verelendung großer Menschenmassen, womit vor allem auch kultureller Verfall, wachsende Kriminalität und geistige Leere einhergehen. Bei Fortwirken werden Grundstrukturen der Demokratie paralysiert und die für unsere Fortexistenz so entscheidenden Umweltbelange bleiben eine Nebensache, bringen sie doch in der Regel kaum raschen Profit. Elementare Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung und Leben, gesundheitliche Betreuung, Bildung und gesellschaftliche Integration bleiben Wunschträume, werden weiterhin von denjenigen mit Füßen getreten, die ständig von Menschenrechten reden und sie von andern fordern.

Die Alternative kann in neuen Gestaltungskonzepten einer weltumspannenden sozialen Marktwirtschaft erkannt werden, die den Kräften des Marktes durch gesetzliche Regulierung Rahmenbedingungen setzt, so daß sowohl regionale Interessen für eine ausgewogene Entwicklung als auch darüber hinausgehend die Belange der unterentwickelten Länder und die der Umwelt global mit erfaßt werden. Dabei gilt es, den gesunden Wettbewerb zu bewahren und zu fördern.

Kehrtwendungen mit ggf. bedenkenswerten Ansätzen, hat es in der Geschichte der Wirtschaftsentwicklung durchaus gegeben, z.B. die Politik des New Deal in den USA 1933, konzipiert und durchgesetzt von Präsident Roosevelt, um den verheerenden

Auswirkungen der Politik des „Rugged Individualism“ seines Vorgängers Hoover der 20er Jahre, die zur Weltwirtschaftskrise führte, zu begegnen. Übrigens wurde die Ausbreitung der Nazi-Ideologie in den USA in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts dadurch wirksam unterbunden.

Die in unserer Zeit zu ergreifenden Maßnahmen müssen aber darüber hinausgehen, indem sie die verantwortungsbewußte gesellschaftliche Kontrolle über das Privateigentum an Produktionsmitteln zumindest in einigen Schlüsselbereichen sicherstellen und unerbittlich durchsetzen, daß solches Privateigentum der Wohlfahrt der Völker zu dienen hat und von diesen durch individuelle und kollektive Leistung mit getragen und derart mit gestaltet wird, daß der Profit nicht mehr die alles regulierende zentrale Steuerungsgröße bei der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte bleibt.

Um solches zu ermöglichen, könnte es sich als unverzichtbar herausstellen, daß z.B. in der hochzentralisierten Energiewirtschaft die gesellschaftliche Kontrolle durch einen überkritischen Anteil in staatlicher Hand (z.B. durchaus auch in der Verfügungsgewalt einer EU-Regierung) realisiert wird, um Preisabsprachen und Preistreibereien der Mineralölkonzerne und Stromerzeuger zu begegnen. Sie verdoppeln binnen Jahresfrist ihre satten Gewinne in Milliardenhöhe, teilen dies der Öffentlichkeit dreist mit, und das Volk nimmt es zähneknirschend in Ohnmacht zur Kenntnis – erhebt allenfalls durch Wahlverweigerung Protest, wie jüngst erneut zu bemerken war! Was ist eine Demokratie wert, wenn nur noch weniger als die Hälfte von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen? Hat da der Präsident Rußlands nicht das einzig Richtige getan, die kriminelle Energie eines Chodorkowsky zu bremsen, an entscheidender Stelle die Kontrolle im Interesse einer ausgewogeneren gesellschaftlichen Entwicklung zu übernehmen, sich einen Druckpunkt zu verschaffen, gesellschaftliches Interesse in die Energiepolitik seines Landes einzubringen? Und wie arrogant dummlich war und ist zu diesem Vorgang doch die westliche Berichterstattung in den Medien.

Ebenso kann es doch kaum hingenommen werden, daß große Geldinstitute ihre Gewinne durch Stellenabbau und Entlassungen maximieren, und die Vorstände zu ihren üppigen Bezügen, weil sie so „tüchtig wirtschaften“ sich noch 1,8 Millionen drauflegen, wie jüngst durch den unrühmlich bekannten Herrn Ackermann zu erfahren war – und das, ohne so unmittelbar unter dem Preisdruck zu stehen, wie so manche Produktionsbetriebe, die dem Wettbewerb aus Fernost ausgesetzt sind. Das mutet man den Menschen in unverschämter Weise zu, in einer Zeit, da Rentenerhöhungen über Jahre nicht mehr stattfinden und jeder bei Medikamenten mehr und mehr draufzahlt. Derartigen jeglicher sozialer Kompetenz Hohn sprechenden Praktiken muß die Politik doch entgegenreten können, ohne als Bittsteller daherzukommen – und das würde gleichfalls bedeuten: Das Bankwesen, zumindest eine Leitinstitution, gehört mit Befugnissen einer Mitentscheidung in staatliche Kontrolle.

2. Ein Höchstmaß an fachlicher und sozialer Kompetenz, die durch Auswahl und Berufung der Befähigten zustande kommt, wäre auf der Ebene der politischen Führungskräfte und ebenso in den Konzernetagen der weltumspannenden Wirtschaftsunternehmen die Voraussetzung für eine derartig neue Kultur des Einsatzes von Produk-

tionsmitteln und deren weiterer Ausformung – eben eine Entwicklung der Produktivkräfte, in die nicht mehr nur der Gewinn, sondern das Wohl der Produzenten als Steuerungsgröße mit eingeht, ohne daß der technische Fortschritt gehemmt wird.

Dabei müssen Entscheidungen auf der Basis eines sich gegenseitig respektierenden Miteinander von Politik und Wirtschaft, von der Sache her tiefgründig aufbereitet, nach bestem Wissen und mit sozialem Gewissen getroffen werden. Glaubwürdigkeit und Vertrauen bei den Menschen aufzubauen – darum geht es, und das würde heißen, die Propagierung jeder Art von Scheinlösungen bis hin zu „Roßtäuschertricks“, um die Öffentlichkeit zu beruhigen, wie sie die Politik gegenwärtig vielfach praktiziert, sind zu unterbinden. Auf der Grundlage gemeinsam beschlossener Ziele sind solche gediegenen Entscheidungen möglich, und dann können sie auch effektiv, ohne endlos zerredet zu werden, zustande kommen. Volksvertreter und Vermögensvertreter wirken Hand in Hand nach hohen ethischen Grundsätzen, ihrem Auftrag verpflichtet, im Dienst der Gesellschaft tätig zu sein, daher hohes Ansehen genießend, durchaus angemessen entlohnt, dabei aber doch selbstlos und ohne Eigennutz: Anstand und sittliches Verhalten als Anspruch an die mit einem hohen Vertrauensvotum ausgestatteten Volks- und Vermögensvertreter – eine kategorische Forderung.

Dazu wäre die Kultur der Rechenschaftslegung über die Handlungen und deren Motive in den Entscheidungsetagen weit mehr zu pflegen, als es gegenwärtig der Fall ist. Vor allem sollte sie sich nicht auf die jeweilige Geschäftslage beschränken, sondern vielmehr zugleich die sozialen Auswirkungen mit in Betracht ziehen. Das würde die Möglichkeit einschließen, der Öffentlichkeit einen tieferen Einblick in komplexe Zusammenhänge zu vermitteln, sie zum Mitdenken und zu einer verstärkten Identifikation führen, das eigene sachkundige Urteilsvermögen stärken.

3. Ein hoher Bildungsgrad der Menschen in der Breite ist wiederum als die entscheidende Voraussetzung anzusehen, daß politischen Führungskräften mit hoher fachlicher und sozialer Kompetenz bei Wahlen für einen bestimmten Zeitraum Entscheidungsvollmacht übertragen wird, die Redlichen gegenüber den Demagogen bei Wahlen zu Mehrheiten gelangen und sich die Mandatsträger nicht aus einer engen, vom Volk abgehobenen, vorwiegend technokratisch agierenden Elite reproduzieren. Den Menschen das Denken in historischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen nahe zu bringen, die Problemsicht zu schulen und die Fähigkeit auszubilden, sich auf Grund profunder rationaler Erkenntnisse ein zumindest partiell eigenes Urteil zu bilden, das nicht mehr allein auf Einflüsterungen und marktschreierischen Parolen basiert – erst das schafft den mündigen Bürger, der bewußt wählt – für die Demokratie mit seiner Person einsteht und daher diese stabilisiert.

Voraussetzung dazu ist, daß die Jugendlichen in hinreichend gesicherten sozialen Verhältnissen ihrer Elternhäuser aufwachsen, was angesichts der sozialen Misere in Problembereichen wie Neukölln in Berlin (Rütli-Oberschule) vermutlich nur schrittweise zu erreichen ist. Die Forderung gehört aber auf die Tagesordnung, damit konkrete Maßnahmen eingeleitet werden, diese Misere abzustellen. Nicht Sozialarbeiter

an Schulen sind die Lösung. Bildung und Erziehung sind Aufgabe und Profession des Lehrers.

Das schließt wiederum ein, daß der Lehrerberuf in der Gesellschaft zu höchstem Ansehen erhoben wird, die fachlich besten und charakterlich gefestigte Persönlichkeiten für den Lehrerberuf geworben werden, denn sie bilden die nächsten Generationen mündiger Bürger heran, schaffen mit die geistig-kulturelle Basis in den Elternhäusern der nachfolgenden Generation. Hohe ethische Grundsätze prägen diesen für die Reproduktion der Gesellschaft so entscheidenden Beruf, dem jede Art eines beamtenhaften, formalen und routinemäßigen Umgangs mit der jungen Generation wesensfremd ist, d.h. die Auswahl und auch die später immer wieder vorzunehmende Evaluierung setzt hier besonders hohe Maßstäbe.

4. Umstellung des Fernsehens von einer bisher durch Werbung und Einschaltquoten überwiegend kommerziell geprägten Programmgestaltung auf ein Bildungsfernsehen, das die Übermittlung von aktueller Information und Unterhaltung mit der Vermittlung von Wissen und rationaler Erkenntnis der in Natur und Gesellschaft wirkenden Gesetzmäßigkeiten und Kausalitätsbeziehungen in sich vereint und in den Mittelpunkt rückt. Es ist doch absurd und erweist sich in hohem Maße als verantwortungslos, die in unserer Zeit so wunderbaren Möglichkeiten der elektronischen Medien primär unter der einengenden Zielsetzung der Gewinnerwirtschaftung zu betreiben, Einschaltquoten durch Horrormeldungen hochzutreiben, dabei möglichst jede – und sei es im letzten Winkel der Erde – eingetretene Greuelthat aufgreifend. Desorientierung bis hin zur Verblödung der Menschen dominiert, indem man sie eklektisch mit Einzelinformationen ohne erklärende Zusammenhänge überhäuft, ihnen dann noch weis macht, sie seien informiert worden und hätten Wissen und Bildung erworben. Stattdessen unterliegen sie einer im Zeitalter der Medien möglichen geistigen Manipulation, indem man sie vom Erkennen ihrer wahren Interessen abhält, auf Nebensächliches orientiert, und der Wahrheitsgehalt einer komplexen Situation bleibt ihnen in Wirklichkeit vielfach verschlossen. Das Menschenrecht auf angeblich freie Meinungsbildung gerät auf diese Weise zur Farce.

Rundfunk und Fernsehen gehören daher unter gesellschaftliche Kontrolle, die von hoher bildungspolitischer und sozialer Kompetenz getragen sein muß. Die gegenwärtige, vordergründige, oftmals ekelerregende Werbung ist aus den Programmen zu eliminieren, die dafür bisher verausgabten finanziellen Mittel zumindest partiell einzuziehen und einer sinnvollen Verwendung, z.B. der Abdeckung von Kosten zuzuführen, die sich aus einer solchen inhaltlichen Umstellung des Fernsehens ergeben würden. Die Ausstrahlung von Programmen durch private Sender ist langfristig stark einzuschränken und schließlich im Interesse einer Gesundung der Gesellschaft durch Gesetze zu verbieten.

5. Die rechtliche und inhaltliche Trennung von Staat und Kirche zu vollenden, gehört im 21. Jahrhundert auf die Tagesordnung, allein schon, um dem ausgreifenden religiösen Fundamentalismus etwas entgegen zu setzen. Demokratie und Kirche haben nie

zusammengehört. In Polen wurde Religion als Pflichtfach bis zum Abitur gerade beschlossen. Es geht dabei keineswegs um eine Kampfansage an die Kirche, sondern einzig und allein um die Umsetzung einer kulturhistorischen Errungenschaft, die Bevormundung des Denkens durch religiösen Glauben im offiziellen Bildungssystem der Gesellschaft nicht zuzulassen. Das ist zum Beispiel in Frankreich seit 1905 in vorbildlicher Weise festgeschrieben und selbst in Ländern wie der Türkei gesetzlich weitaus klarer geregelt als in Ländern wie Deutschland, wo die Einzugsermächtigung von Kirchensteuer z.B. bei Arbeitslosigkeit auch dann geltendes Recht ist, wenn der Betreffende gar nicht Angehöriger einer Glaubensgemeinschaft ist (Beschluß BVG 1 BvL 8/85), oder gar in Österreich, wo Religion als erste Note auf dem Zeugnis der Schüler erscheint und die Kinder in der Regel am ersten Schultag eines neuen Schuljahres zu aller erst in die Kirche zu einem Gottesdienst geführt werden anstatt in ein Museum oder gar in eine Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandes. Ungetaufte Kinder, die am Religionsunterricht teilnehmen, erhalten auf dem Zeugnis in der Steiermark keine Zensur, was beweist, daß es sich beim Fach Religion in den Schulen um die Erziehung zu einem Glaubensbekenntnis und primär nicht um die Vermittlung von religions- und kulturgeschichtlichen Inhalten handelt – ein eklatanter Verstoß gegen den Grundsatz Trennung von Staat und Kirche! Dieser Grundsatz schließt den verfassungsmäßig garantierten Schutz der freien Religionsausübung im persönlichen Leben durchaus ein.

Es geht nicht an, daß der Religion und ihren Institutionen im öffentlichen Selbstverständnis die Rolle einer Hüterin von Ethik und Moral überlassen wird, was nicht selten einschließt, daß Atheisten, weil gottlos, als weniger moralisch angesehen werden. Die These „Wo Gott nicht ist, ziehen die Dämonen ein“ stimmt nicht! Man begegnet nirgendwo mehr einer Gläubigkeit an übernatürliche Kräfte bis hin zum Aberglauben, pseudowissenschaftlichen geistigen Quacksalbereien und grundlegenden Zweifeln an der Gültigkeit der wissenschaftlichen Methode der Erkenntnisfindung und des bewußten Zurechtfindens im Leben als in Glaubenskreisen. Demut und Ergebenheit predigend prägen Gottesdienste eine Beschränkung der Freiheit des Denkens, verbreiten durchaus etwas Dämonenhaftes, was allein schon in den Ritualen und Beschwörungsformeln zum Ausdruck kommt: „So wahr mir Gott helfe!“

Religion gehört im 21. Jahrhundert nicht mehr in den Lehrplan staatlicher Ausbildungsstätten und Schulen und hat dementsprechend auf dem Zeugnis nicht mehr zu erscheinen. Auf freiwilliger Basis kann der Religionsunterricht in der Freizeit außerhalb des Schulunterrichts stattfinden. In Frankreich ist es der Mittwochnachmittag. Warum sollten dazu nicht auch Klassenräume von Schulen zur Verfügung gestellt werden? Im Lehrplan der Schulen gilt es aber stattdessen und ggf. in enger Verbindung mit den Medien die kulturgeschichtlichen geistigen Güter in Philosophie, Musik und Literatur und in einem solchen Zusammenhang, weil untrennbar damit verbunden, auch die religionsgeschichtlichen Abläufe zu vermitteln – naturgemäß auf dem Hintergrund des auf rationale Erkenntnis gegründeten naturwissenschaftlichen Weltbildes unserer Zeit, weil darin eine der größten geistig-kulturellen Errungenschaften

der Menschheit besteht. Die sich für unsere Gegenwart und Zukunft daraus ableitenden Lehren wären zu artikulieren, um so ein Bewußtsein zu den ethisch-moralischen Grundsätzen des Lebens in Würde und gesellschaftlicher Verantwortung zu formieren, die dem Anspruch einer Kultur, unserer Kultur, gerecht werden.

6. Die gesundheitliche Betreuung der Menschen im Zeichen einer Ökonomisierung der Profitgier von Aktionären auszuliefern, aus Krankheit und Leiden Kapital zu schlagen, indem z.B. die Ertragsergiebigkeit eines Krankenhauses zu einem Faktor ärztlicher Entscheidung erhoben wird – geträumt wird von achtprozentigen Renditen für die Kapitaleigner – muß das ärztliche Ethos zwangsläufig in größte Bedrängnis bringen. Wenn die wirtschaftliche Bilanz als Sachzwang vor der Versorgung des Patienten Geltung erlangt, steht die Menschlichkeit auf dem Spiel. Es liegt darin eine der größten Fehlleistungen des bestehenden neoliberalen Systems. Diese ist in einer Gesundheitsreform abzustellen, die den Namen verdient, d.h. diese wäre inhaltlich neu zu konzipieren, indem sie die einzigartigen Wesensmerkmale des Arztberufes, die es zu stärken gilt, zum Ausgangspunkt nimmt und sich nicht in der Einführung neuer Verwaltungsmechanismen und dirigistischer Administration erschöpft.

Für jede Berufsausübung ist neben Fachkompetenz eine ethische Kompetenz unverzichtbar. Beim Beruf des Arztes ist aber der Mensch selbst Gegenstand der Tätigkeit, Handlungsobjekt und in seiner Würde zugleich Subjekt, woraus einzigartige ethische Anforderungen an den Arzt resultieren.

Er ist in einer Zeit der Hightech-Medizin mit ihren enormen und vielfältig verzweigten Möglichkeiten in seiner Entscheidungskompetenz aufzubauen, das Richtige und Angemessene für den Patienten zu erkennen und zu veranlassen. Angesichts des zunehmenden Alters der Patienten, eines demografischen Ungleichgewichts und kostenintensiver Diagnostik muß er sich dabei naturgemäß auch den Forderungen eines neuen Kostenbewußtseins gegenüber der Allgemeinheit stellen; denn ökonomische Zwänge hat es in der Medizin immer gegeben. Er ist aber darin zu unterstützen und nicht durch regulierende Verordnungen mit Bürokratie zuzuschütten, so daß er zum Handlanger von Verwaltungsbeamten degradiert wird. Letztere haben nicht den kranken Menschen in seiner Seelennot im Blick, wohl aber den zumindest kostendeckenden Betrieb der Gesundheitseinrichtung, was ja durchaus noch zu akzeptieren wäre. Bei der Erwirtschaftung von Profit hört das Verständnis aber doch wohl auf. Das in dieser Weise bereits vielfach organisierte System ist als menschenverachtend zu brandmarken und im Interesse einer gesunden Entwicklung der Gesellschaft aufzugeben, das heißt, Gesundheitseinrichtungen, die nach privatkapitalistischen Prinzipien agieren, wären in staatliche Kontrolle zu überführen.

7. Menschenrechte bestehen aus einer Einheit von individuellen freiheitlichen Grundrechten und sozialen Rechten. Dieses kulturbestimmende hohe Ethos der Menschheit, entstanden aus der Verallgemeinerung eines rational erarbeiteten irdischen Gerechtigkeitsempfindens, das die europäische Aufklärung hervorbrachte und das mit der Deklaration der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1948 zum Völkerrecht

erhoben wurde, gilt als Zielorientierung und Gradmesser für die Herausbildung einer Zivilgesellschaft, in der die Würde des Menschen unantastbar und geschützt ist. Sie sind Leitmotiv und Motor für viele, die trotz widriger Umstände und Androhung von Gewalt weltweit den Kampf für die Verwirklichung dieser elementaren Rechte führen. Ebenso unbestritten wichtig ist der Auftrag, die Menschenrechte vor Mißbrauch und Instrumentalisierung zwecks Durchsetzung machtpolitischer Ziele zu bewahren.

Die Menschenrechte werden heute vielfach von denjenigen ins Feld geführt, die diese selbst in brutaler Weise mit Füßen treten, sich sogar der Verurteilung von Folter entziehen, wenn es z.B. um die Aufrechterhaltung all jener diskriminierenden Beschränkungen geht, denen sich Kuba von Anfang an ausgesetzt sieht. Da sollten linke Politiker wohl acht geben, mit wem sie sich in einer gegen dieses Land gerichteten Menschenrechtsdeklaration auf einer Unterzeichnungsliste einreihen. Den Kosmokraten und ihren Lakaien ging es noch nie – weder in Afghanistan, noch im Irak – primär um Menschenrechte sondern stets zu aller erst um ihren Profit, und da kommt ihnen das „Feigenblatt“ der Menschenrechte gerade recht, um in der öffentlichen Meinung Einfluß zu gewinnen, damit ihr Machtbereich ausgedehnt werden kann. Wenn es um die Destabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Ukraine geht, werden über nichtstaatliche Organisationen Milliarden Dollar ins Land gebracht, um angeblich die Demokratie zu stärken. In Wirklichkeit geht es den Kosmokraten und den von ihnen beherrschten Medien um den wirtschaftlichen Zugriff und die Einnahme machtpolitischer Positionen im Bereich der Ölreserven des Nahen Ostens und – ganz „nebenbei“ – um die weitere Tranchierung des Wirtschaftsgefüges der ehemaligen Sowjetunion: Ein Stück fortgesetzter verdeckter Antisowjetismus, eine gegen Rußland gerichtete Politik, wie sie nach analogen Spielregeln jüngst bei den Wahlen in Weißrußland gleichfalls zu beobachten war. Und wenn die Administration in Rußland den im Land tätigen nichtstaatlichen Organisationen Spielregeln auferlegt, wie laut ist dann das Tönen in den westlichen Medien über eine angebliche Einengung der Demokratie. Bemerkenswert uniform wohlwollend verhält sich dagegen die Journalle, wenn es darum geht, die permanenten gröblichen Verstöße gegen die Menschenrechte der Vereinigten Staaten von Amerika anzuprangern – die sind aber womöglich doch nur die Speerspitze des globalen Systems dieser kannibalschen Weltordnung, der es obliegt, die „Drecksarbeit“ zu verrichten, somit hält man sich zurück. Zynisch und doppelbödig ist in der realen Politik unserer Zeit der Umgang mit den Menschenrechten. Linke Politik sollte das definitiv anprangern.

Angeichts der außerordentlich verbreiteten Verletzung der Menschenrechte, die sich in den verschiedensten Versionen von Beschränkungen der Reisefreiheit, der Knebelung des Geistes durch Dogmen (z.B. der Religion), vor allem aber Hunger und Verelendung bis hin zur Folter und Verstümmelung (z.B. von Frauen) vollzieht, erweist sich die Forderung nach der Unteilbarkeit der Menschenrechte als nicht hinreichend. Sie verhält wie ein akademischer Ruf. Eigentlich können nur Wolkenkuckucksheimer, indem sie sich auf der Spielwiese von Gerechtigkeitsvisionen tummeln, darauf verfallen, die Durchsetzung der Menschenrechte auf eine solche Forderung

einzuengen. Der Kampf um die Verwirklichung der Menschenrechte erfordert vor Ort eine differenzierte Wertung, die historisch gewachsene Umstände ebenso berücksichtigt wie die Erhaltung der im Kampf gegen die kannibalische Weltordnung bereits errungenen Menschenrechte. Und was die Todesstrafe betrifft, die in der Menschenrechtsdeklaration der UNO von 1948 wohl nicht artikuliert ist, wird man ja wohl bei sexueller Folter und Tötung von Kindern geteilter Meinung sein dürfen.

In der Tat, erforderlich ist eine neue Programmatik, die Ansätze zu notwendigen Veränderungen klar aufzeigt und als Forderung auf die Tagesordnung setzt, Lösungswege in öffentlicher Diskussion abwägt und schließlich zum Beschluß erhebt. Über Parteiengezänk, taktisches Wahlverhalten und Machtgebaren hinweg den Völkern langfristig eine rationale Weltsicht mit realen Chancen für eine lebenswerte Zukunft zu vermitteln – darin besteht die Aufgabe. Dabei erweist sich radikal-demokratische Kritik an den eskalierenden Ausbeutungsverhältnissen im Verein mit der Erschließung eines alternativen Weges als unverzichtbar.

Ein Ruck würde durch das europäische Land gehen, wenn die oben beispielhaft genannten Ansätze zu Veränderungen in Politik und Wirtschaft auf die Tagesordnung gelangen könnten, ließen sie doch erkennen, daß eine Wende zu mehr Menschlichkeit, zur Umsetzung von mehr Gerechtigkeit für die Menschen Lebenswirklichkeit wird. Motivation und Identifikation würden dadurch initiiert werden, und man brauchte um die Akzeptanz einer EU-Verfassung auf einem solchen neuen Hintergrund nicht zu bangen.

Wann wacht die progressive Öffentlichkeit endlich auf und begreift, daß eine Kursänderung eingeleitet werden muß? Wo bleiben die Philosophen, deren Ideen in die Zukunft weisen? Wann rückt die überwiegend kontemplative Analyse gesellschaftlicher Prozesse der Vergangenheit in ein angemessenes Verhältnis zu Ideen, die „dem fahrenden Zug“ eine andere alternative Richtung aufprägen?

Warum erhebt sich die politische Linke nicht zur führenden Kraft eines neuen Aufbruchs, scharf Verbündete um sich, konzentriert sich endlich auf das Wesentliche und läßt den kleinlichen Hickhack und das akademische Geschwätz über „Gott und die Welt“ hinter sich?

Erweiterte Fassung des am 15. Juli 2006 im „Neuen Deutschland“ erschienenen Beitrages, mit Genehmigung des Autors herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V., Käthe-Kollwitz-Str. 6, 07743 Jena (www.rosa-luxemburg-stiftung-thueringen.de).

V.i.S.d.P.: Vera Haney